

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3 / 31535 Neustadt
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

22. September 2005

An die Mitglieder
des Deutschen Bundestages
(per E-Mail an die Fraktionen)

Der neue Bundestag – Hebamme einer erneuerter Republik oder deren Wegweiser in den Abgrund?

- a) Hinweis auf einen Text als Verständigungsbrücke zur Jamaika-Koalition
- b) Eine Chance für die Soziale Marktwirtschaft,
die bisher nur als Schlagwort existiert!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundestagsparteien und die von ihr gestellten Bundestagsabgeordneten haben nur die Wahl zwischen zweierlei Übel. Sie müssen die Schelte durch die Wähler ertragen, daß sie - wie meistens und notgedrungen – ihre Versprechen von vor der Wahl vergessen haben oder sie müssen sich schelten lassen, sie seien politisch gestaltungsunfähig, weil sie sich möglichen Koalitionen verweigern. Da die Parteien die Glaubwürdigkeit in Bezug auf Wahlversprechen im echten Sinne sowieso nicht haben, wäre ihnen zu raten, wenigstens die Glaubwürdigkeit in Bezug auf ihre Gestaltungsfähigkeit zu bewahren oder zu erwerben, denn hiervon hängt das Gedeihen oder der erneute Untergang der Republik ab. ¹⁾

Die Frage, ob eine große, eine Ampel- oder Jamaika-Koalition uns aus der politischen Krise

hilft, beschäftigt ja nicht nur die Mitglieder des Bundestages, die Parteistrategen und die Parteimitglieder sondern auch im erhöhten Maß die Wähler allgemein. Von einer großen Koalition wird nicht mehr erwartet als die Verwaltung der Mängel. Gegen eine Ampel-Koalition spricht, daß die SPD ja nicht von heute auf morgen ihre programmatischen Fehlentscheidungen auslöschen kann, sondern die neue Koalition damit gleich vergiftet. Ich meine besonders ihre schizophrene Haltung, durch die Kapitalismusförderung ihre ökonomische Kompetenz nachweisen zu wollen und sich gleichzeitig durch ihre Kapitalismuskritik ihre soziale Kompetenz bescheinigen zu lassen.²⁾ Die Abschottung gegen eine Koalition mit der Partei *Die Linke / PDS* ist unlogisch, denn ihr Erfolg ist ein Ergebnis der Mängelpolitik von Rot-Grün, wie vorher der Erfolg der GRÜNEN ein Ergebnis der Mängel der Politik von vor 1980 war.

Nun kann man von der CDU auch nicht sagen, daß sie sich in der Opposition auf die Rolle des Regierens vorbereitet hat. Die Demokratie-, Sozialökonomie- und Kulturprobleme, die unsere Gesellschaft durch das Wirken aller Bundestagsparteien bekommen haben, lassen sich nicht einfach durch Wahlaussagen, die von einer Kommission erarbeitet und vom Parteivolk abgenickt werden, aus der Welt schaffen. Die CDU und CSU als Alleinregierung – mir graut vor dieser Vorstellung – würde sicher dort mit der Politik weitermachen, wo sie vor ihrer Abwahl gescheitert sind. Aber mit zwei Parteien (der FDP und den Bündnisgrünen), die sie an die Kandare nehmen, können sie die Zugpferde abgeben, die den politischen Acker für die neue Saat vorbereitet.³⁾

Die Frage ist nun, ob die FDP und die Bündnisgrünen die Fähigkeit zum korrigierenden Lenken der Zugpferde haben. Von ihren jeweiligen Zielsetzungen (denen meist problematische Zielerreichungsmaßnahmen beigeordnet sind) müßte das möglich sein, weil sie ja untereinander und im Hinblick auf die Ziele der CDU/CSU Grunderschiedenes wollen. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß die Politik ja nur selten von der Sache her bestimmt wird, sondern wesentliche von personalen Empfindlich- und Befindlichkeiten und ideologischen Fehlsichtigkeiten. Die Bündnisgrünen werfen den Liberalen z.B. „soziale Kälte“ vor. Sie bedenken nicht, daß die Liberalen den Grünen im Gegenzug „soziale Entmündigung“ vorwerfen können. Die Liberalen können wiederum nicht erkennen, daß die Grünen im Ursprung mit ihrer Orientierung auf Dezentralität und der Forderung von Parlamenten der Betroffenen, der Vielfalt in der Einheit, „Wir sind nicht links oder rechts, sondern vorne!“ und dem Toleranzgebot eine konkurrierende liberale Partei war. Daß sich dann in dieser Partei noch einmal

zentralistische und etatistische Strömungen ausgetobt haben und diese Partei sich letztlich zwischen SPD und FDP positioniert hat, ändert nichts an der liberalen Ausgangssituation. Und die FDP soll nicht vergessen, daß es Zeiten gab, da konnte man bei ihr eher mit marxistischem Gedankengut einen Blumentopf gewinnen, als mit „marktradikalen“ Rezepten. Und überhaupt kann die FDP nur in einem sehr begrenztem Umfang für sich in Anspruch nehmen, daß sie eine liberale Partei sei.

Ich will die Probleme an Hand von drei Leserbriefen, die ich heute in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung fand verdeutlichen:

Kein Politikwechsel

„... Die neuen Regierungsanwärter haben den Wählern im Grunde nur eine höhere Dosis des von ihren Vorgängern bisher erfolglos praktizierten neoliberalen Reformkonzepts versprochen, welches schlicht ausgedrückt darin besteht, den Faktor Kapital zu hofieren und den Faktor Arbeit zu drangsaliieren. Damit waren keine Wechselwähler zu mobilisieren...“
Hannover, Paul Scholz

In der Tat konnte der Wähler von einer schwarz-gelben Regierung nichts besseres erwarten als von einer rot-grünen. Und das liegt ja nicht daran, daß die Liberalen und die Christdemokraten nichts Besseres bieten wollten als die Bündnisgrünen und die Sozialdemokraten, sondern sie konnten aufgrund der sozialökonomischen Verwirrung nichts Besseres bieten. Da bei uns von Anbeginn immer nur aus dem Tageserfordernis heraus Politik gemacht wurde, hat die Politik in allen ihren Aktionsfeldern die Orientierung verloren oder nie gefunden. Das „neoliberale Reformkonzept“ erster Prägung hatte eine umgekehrte Zielsetzung, wie es der Leser Scholz beschreibt. Man kann sie als einen Sozialismus in Freiheit beschreiben. Sozialistisch kann der ursprüngliche Neoliberalismus (oder Ordoliberalismus) deshalb genannt werden, weil er das sozialistische Ziel des vollen Arbeitstages (ohne Ausbeutung und Fremdbestimmung) anstrebte. Freiheitlich war dieser Liberalismus, weil er auf das dezentrale Instrument der Marktwirtschaft setzte und sich gegen Zwangskollektive und Monopole wandte. Die FDP – die ja Ludwig Erhard eigentlich für sich reklamiert – und die CDU haben diese Ziele von Anbeginn vorwiegend aus Unkenntnis der Zusammenhänge sabotiert. Und den linken Parteifreunden in den GRÜNEN war die Marktwirtschaft schon so stark als Definitionsmerkmal von Faschismus eingehämmert worden, daß sie das instrumentale Befreiungspotential für die Individuen und Gesellschaften nicht mehr erkennen konnten. Mit der Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus konnte man viele Schaukämpfe in der politischen Arena füllen, aber keine wirklichen Probleme lösen.

Neuwahlen würden Vertrauen kosten

„ ... Wenn man sich jedoch die Debatten im Bundestag der letzten drei Jahre ansieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass der Wahlkampf seit den Bundestagswahlen 2002 niemals beendet wurde. Die Probleme in Deutschland können nicht mit gegenseitigen Schuldzuweisungen gelöst werden. Der 'Kindergarten Bundestag' darf nicht in dieser Form weitergeführt werden. Das deutsche Volk hat gewählt, und die deutschen Politiker sind es den Wählern schuldig, eine fähige Regierung zu bilden. Durch Neuwahlen würde die Politik noch mehr das Vertrauen der Wähler verspielen.“
Hannover, Christian Siemering

In der Tat ist es so, daß Neuwahlen nur dann einen Sinn hätten, wenn neue Ideen oder Lösungsmodelle zur Wahl, zur Abstimmung gestellt würden. Die Verarmung an Ideen und praktikablen Lösungsvorstellungen ist aber Resultat der Monopolisierung der politischen Willensbildung durch die Mitglieder im Parteienkartell. Wir dürfen nicht übersehen, daß die Demokratie kein Wert für sich ist, sondern nur dadurch erhält, daß sie für die Einzelmenschen wie für die Gesellschaft Besseres leistet als andere Regierungsformen. Auch die Demokratie unterliegt der Abwahl bei zu geringerer Leistung.

Schon 1977 schrieb Ralf Dahrendorf in „Die Zeit“ Nr. 35/77:

„Der sozial-liberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt – Genscher – Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft, Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft – sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“ ...

„Die neuen Kräfte an den Rändern sind vergleichsweise schwach an politischer Unterstützung; sie sind zugleich stark an Ideen in einer ansonsten erschöpften Welt. Sie und die Reaktion auf sie bestimmen die politische Zukunft.“ ...

„Um die politische Phantasie anzuregen, können wir uns unter den geschilderten Umständen schwerlich auf die politischen Parteien verlassen. Was wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion politischer Möglichkeiten.“ ...

Hier brauchen nur ein paar Namen ausgewechselt werden und der Sachverhalt stimmt immer noch. Unter „sozialer Marktwirtschaft“ muß man hier aber nicht das ursprüngliche Konzept verstehen, sondern den begrifflichen Mantel für die damals wie heute herrschende „realexistierende Ökonomie“. Ein Teil der Grünen, die von den „Rändern“ kommend sich parteipolitisch formiert haben, hat durchaus das Gefühl gehabt, daß ihnen die Rolle und die Kompetenz der gesellschaftlichen Erneuerer verloren gehen würde, wenn sie zur Partei würden. Die Mahner haben Recht behalten, aber sie konnten in der gegebenen politischen Landschaft auch kei-

nen anderen Weg zur politischen Mitgestaltung aufzeigen. Heute haben die Bündnisgrünen keinen Grund sich höher einzuschätzen als die anderen Mitspieler im Bundestag und darum auch keinen Grund, die Moralisten zu spielen. Ihre historisch zugeordnete Rolle als aufklärende Opposition haben sie schon mit der ersten Regierungsbeteiligung verspielt.

Zusammenarbeiten!

„Der Rat der Weisen ist meist 'unvorstellbar'. Die beiden politischen Lager sind am Sonntag zu einem „Weisen“ gegangen und haben ihn gebeten, ihnen zu sagen, wie sie dieses zerspaltene Land wieder auf Erfolgskurs bringen können. Der 'Weise' (die Wähler) hat ihnen eine unmissverständliche Antwort gegeben: 'Hört endlich auf, euch gegenseitig niederzumachen. Öffnet euch füreinander. Tut euch zusammen und schafft eine vorbildliche Zusammenarbeit, an der das Volk sich orientieren kann. Das führt zu weisen Entscheidungen.'“
Burgwedel, Dr. Klaus Weyler

Es ist nicht so, daß „ein vorbildliche Zusammenarbeit, an der das Volk sich orientieren kann“ nur aus einem Konflikte vertuschenden Harmoniestreben erfolgen kann. Die klare, sich in der Konfrontation unter Umständen selbst opfernde Opposition kann der Gemeinschaft genauso nützlich sein. Was wichtig und notwendig ist, ist mehr Ehrlichkeit in die Argumentation und Aktion. Man sollte weniger vom Nutzen der Partei sprechen, wenn der eigene gemeint ist. Man sollte weniger vom Dienst für das Land sprechen, wenn der Vorteil für die eigene Partei oder für den der eigenen Wählerschaft gemeint ist usw.. Auch wenn es jetzt zu Koalitionsverhandlungen kommt, sollten die Unterschiede in den Zielvorstellungen nicht durch Kompromisse, die wohl immer „faul“ sind, kaschiert werden. Es kommt darauf an, zu zeigen, was man übereinstimmend gemeinsam machen kann. Das, was nicht konsensfähig ist, sollte einfach offen bleiben. Sinngemäß mit den Worten des verstorbenen Staatswissenschaftlers Erich Reigrotzkis: Den Menschen gegenüber tolerant sein, aber völlig intolerant in der Sache bis zur Auflösung des Problems oder seiner Klärung auf einer höheren Erkenntnisstufe.

Die Soziale Marktwirtschaft, die nie realisierte Idee, könnte – wenn ich die Mentalitäten der Mitglieder der CDU/CSU, der Freien Demokraten und der Bündnis 90 / DIE GRÜNEN richtig einschätze, das gemeinsame große politische Ziel werden. 1980 habe ich zum Programmkongreß der GRÜNEN unter dem Titel „Der Dritte Weg“ einen programmatischen Beitrag verfaßt, der nahe an das herankommt, was zur Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Markt geführt hat und von Ludwig Erhard gutgeheißen wurde. Dieser Text könnte als Prüfstein für die Koalitionsfähigkeit benutzt werden. Der Text liegt inhaltlich in der Zielrichtung der möglichen Koalitionäre, hat aber auch genügend Distanz zu ihnen, daß er nicht

einfach als eine Vorgabe eines der Verhandlungspartners verdächtigt werden kann.

In meiner Stellungnahme „Die Bundestagswahl 2005“ habe ich unter den Gliederungsziffern 4.6, 4.7 und im Anhang 2, 3 und 4 genügend Informationen zu den Themen Kapitalismus, Marktwirtschaft, Soziale Marktwirtschaft und Christliche Soziallehre als Orientierungshilfe zusammen getragen. Beide Texte sind unter www.tristan-abromeit.de einseh- und ausdrückbar.

Ob diese Hinweise einen politischen Nutzen stiften, kann ich nicht sagen. Das Problem für den politisch handelnden Menschen an herausragender Stelle – wie im Bundestag – ist, daß er selten die Zeit zur Information hat, die eine sinnvolle Entscheidung möglich macht. Also entscheidet er blind oder anderen hörig und „bereichert“ die Gesellschaft mit weiteren Problemen.

In der jetzigen politischen Situation bekommen die Mitglieder des Bundestages und der Parteizentralen sicher haufenweise Post mit Bitten, Empfehlungen und Drohungen zum Thema Koalition. Kann das ein Grund sein, dieses Schreiben nicht auf den Weg zu bringen? Mit den Gedanken ist es so wie mit den Spermien, die Befruchtung des Eies ist nur wenigen beschieden, trotzdem müssen sich alle auf den Weg zum Ei, zur möglichen Tat begeben.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

(Ex-Mitglied der FDP / Gründungsmitglied der GRÜNEN / Systemkritiker)

Endnoten:

1) Ein Korrespondenzpartner aus Portugal schreibt mir dazu:

„... Interessant übrigens das dt. Wahlergebnis, das aufzeigt, dass die Dinge schon viel weiter gediehen sind als von mir angenommen. Ich hatte ja das völlige Patt der beiden bi-polarisierten "Cowboys", d. h. Ihren beiderseitigen Machtverlust erst in 1-2, maximal 3 Jahren erwartet. Aber noch ist es diesmal nicht soweit, dass sich Millionen wegen des dramatischen Niedergangs (Krise erreicht die Brieftasche) inzwischen schon die Systemfrage gestellt hätten und die Zeit für den "lachenden Dritten" (Rattenfänger, Militärs oder Sozialkybernetiker) gekom-

men wäre.

Aber dieser Prozess wird sich jetzt in der Folge dieses offen sichtbaren Patts beschleunigen. Gut, man wird mit allerhand Tricks versuchen sich die notwendige Macht nochmal zusammenzuklauben, aber das wird schon keine solidarische Macht mehr sein. Bei den nächsten Wahlen, möglicherweise schon im November oder spätestens in 1-2 Jahren, werden wir um so schlechter dastehen, und dann wird bereits die Systemfrage in vollem Gang sein.

Hier in Portugal sind wir da schon einen Schritt weiter, gemäss meiner These, dass in umgekippten Systemen (EU) es immer die schwächsten Subsysteme sind, die zuerst über die Klinge springen müssen. Vor ca. 1 1/2 Jahren begann ich vom "Hauch einer vorrevolutionären Situation" zu sprechen. Und dann sagte plötzlich der ehem. Staatspräsident Mário Soares öffentlich, dass in Portugal schon längst ein neuer Staatsstreich stattgefunden hätte, wenn es nicht Mitglied der EU wäre. Inzwischen beginnen sich diese Dinge zu materialisieren, denn die Militär begehren auf, indem sie durch öffentliche Massenkundgebungen von Uniformträgern versuchen mehr Geld zu erstreiten. Diese Kundgebungen konnten zwar mit Ach und Krach noch verboten werden, aber der Konflikt schwelt weiter und inzwischen ist das Thema an der Tagesordnung, im Radio, im Fernsehen und sogar im Expresso, der in etwa unserer FAZ entspricht. Es könnte also sein, dass wir bald mal wieder "Portuguay" (Linksdiktatur) oder "Mortugal" (Rechtsdiktatur) bekommen.“ ...

2) Daß sich hier eine Leistungsschwäche der Wirtschaftswissenschaft auswirkt, unter der mehr oder weniger alle Parteien leiden, steht auf einem anderen Blatt.

3) Für die Auswahl der neuen Saat und ihre Ausbringung bedarf es mehr als einer neuen Koalition.